



Mehr Blick aufs Ganze

Dr. Michael Fuchs MdB, Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Am Anfang dieser großen Koalition stand, gewissermaßen vor der Klammer, der berühmterbuchtigte Dreiklang aus „Reformieren, Sanieren und Investieren“. Angesichts der wenig erfreulichen Abschlussbilanz der alten rot-grünen Bundesregierung ein durchaus kluger Ansatz. Und ein notwendiger zumal: Der Bundeshaushalt befand sich nach der Wahl in der dramatischsten Schiefelage der Nachkriegsgeschichte mit einem strukturellen Defizit von mindestens 60 Milliarden Euro. Investitionen in zukunftsträchtige Branchen und Schlüsseltechnologien waren rar geworden und Reformmaßnahmen gingen, wenn überhaupt, entweder nur halbherzig voran oder drohten durch handwerkliche Fehler wie bei den Hartz-Gesetzen zu versanden.

Wie im Fall einer unumgänglichen Betriebsanierung muss die neue Bundesregierung deshalb ihre Kraft zuvorderst darauf setzen, unrentable Projekte zu beenden, Effizienzreserven zu heben, eigene Kosten zu sparen, die Bilanz ins Lot zu bringen und wieder in erfolgreiche Produkte zu investieren. Hier bei dort ist es dabei wichtig, den Blick fürs Ganze nicht zu verlieren in der täglichen Kernerarbeit, die jetzt folgt. Das Sanieren, Investie-

ren und Reformieren muss sinnvoll und ausgewogen aufeinander abgestimmt sein, sonst wird aus einem Dreiklang in Dur schnell ein schräger Missklang.

Molltöne wie die vollmundige Forderung des neuen mächtigen Manns der Sozialdemokratie, Kurt Beck, der Staat brauche einfach nur mehr Geld, sind definitiv die falsche Musik. Große Sprünge bei Steuererhöhungen, aber Stillstand, Tüppel- oder gar Rückschritte bei den Reformprojekten wären jetzt ein fataler Irrweg. Sanieren muss für die Politik wie für ein angeschlagenes Unternehmen erst einmal heißen, unnütze oder entbehrliche Ausgaben zurückzufahren und Strukturen zu verändern. Beim Gesundheitssystem würde allein mehr Wettbewerb Unglaubliches bewirken. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind hunderte von Millionen bislang wirkungslos verpuffter Steuer- und Beitragsgelder ersatzlos streichbar. Wir geben heute für das neue ALG II viele Milliarden mehr aus als früher für die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen. Entgegen den damaligen wütenden Montagsprotesten war Hartz IV kein sozialer Kahlschlag, sondern bei Lichte betrachtet eines der größten sozialen Zuwendungsprogramme der bundesdeutschen Geschichte. Wenn nun das Statistische Bundesamt unabhängig feststellt, dass gemessen am soziokulturellen Existenzminimum die bestehenden Regelsätze zu hoch und damit Anreize zur Arbeitsaufnahme augenscheinlich zu gering sind, darf es kein Tabubruch, sondern muss Pflicht der Politik sein, über die Höhe des Arbeitslosengeld II neu nachzudenken. Denn, hat Wiesbaden Recht, war die Angleichung des Ostens an den Westen falsch und wäre stattdessen der umgekehrte Weg der richtige.

Gerade auch bei den unzähligen Einzelmaßnahmen, Gesetzen und Verordnungen, die jede Regierung im Alltagsgeschäft abzuarbeiten hat, darf der Blick fürs Ganze nicht verloren gehen. Die Verteuerung der Minijobs zur kurzfristigen Haushaltssanierung ist schon deshalb falsch, weil sozialversicherungspflichtige Niedriglohnjobs ohne Subventionsbedarf

unwiederbringlich verloren zu gehen drohen und die erhofften Einnahmen des Finanzministers alles andere als sicher sind. Will man sie hinterher durch um ein Vielfaches teurere Kombilohnmodelle wieder aus der Schwarzarbeit zurückholen? Warum lassen wir stattdessen nicht einfach die gesetzgebenden Finger davon und gönnen den 400-Euro-Jobs ihre Erfolgsgeschichte?

Wir dürfen in dieser großen Koalition also nicht nur den Etatisten und Kassenwarten die Oberhand lassen. Denn es wäre beispielsweise fahrlässig, bei der dringend erforderlichen Unternehmensteuerreform wegen statischer Kameralistik den Blick für dynamische Wachstumspotenziale in den kommenden Jahren zu verlieren. Unsere osteuropäischen Nachbarn haben es uns doch vorgemacht: lower taxes rise more money!

Beim Bürokratieabbau ist der Blick fürs Ganze glücklicherweise fest vor Augen. Auch

+++ Termine +++ Termine +++

19.05.2006

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
u.v.m.

Regionalkonferenz der CDU Deutschlands

Debatte zum neuen Grundsatzprogramm,
Rheinterrassen Düsseldorf, 18.30 Uhr

22.05.2006

Dr. Michael Fuchs MdB, Vorsitzender des
Parlamentarischen Mittelstand der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion

„Holländischer Bürokratieabbau als Vorbild – Bürokratieabbau in Deutschland“

Eine Veranstaltung der MIT Ahlen, Hotel
Waldmutter in Sendenhorst, 19.00 Uhr

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren
Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Fortsetzung von Seite 1

dank Hildegard Müller, die für dieses wichtige Projekt von Schwarz-Rot die Verantwortung trägt und vor wenigen Tagen durch das Bundeskabinett zur Koordinatorin für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung ernannt wurde. Noch im Mai wird der Bundestag die Einrichtung des Normenkontrollrates und das erste Mittelstandsentlastungsgesetz auf den Weg bringen. Erstmals wird es dann einen unabhängigen Bürokratie-TÜV auf Bundesebene geben, der nach objektiven Kriterien die Bürokratiekosten eines jeden neuen Gesetzes und sukzessive auch des bestehenden Normenbestandes messen wird, um so Regierung und Parlament künftig vor Inkrafttreten neuer Regeln öffentlich den Spiegel vorzuhalten, wie teuer die damit verbundenen Informations- und Auskunftspflichten für Bürger und Betriebe tatsächlich sein werden. Dies schafft erstmals den nötigen öffentlichen Druck, unnütze und teure Paragraphen abzuschaffen bzw. gar nicht erst zu beschließen. Bürokratie ist eine der größten Wachstumsbremsen der deutschen Wirtschaft.

Nach Berechnungen unabhängiger Institute belasten übertriebene Regulierungen deutsche Unternehmen mit jährlich etwa 46 Mrd. Euro. Eine spürbare Reduzierung dieser Belastungen ist ein kostenloses Konjunkturprogramm, das gerade dem Mittelstand zugute kommt. Hier stimmt der Dreiklang. Denn ein mutiger und systematischer Bürokratieabbau kostet nichts und schafft gleichzeitig Freiraum für Investitionen. Das ist eine Politik des Reformierens, Sanierens und Investierens, die hilft und den Blick fürs Ganze wahrt. – Mehr davon!

MIT Hilden

Infotour zum WDR und in den Landtag



Schnell ausgebucht war die Hildener MIT-Infotour nach Düsseldorf zur Besichtigung des Westdeutschen Rundfunks und des Landtages. Der Vorsitzende der MIT, Stefan Tegethoff, begrüßte knapp 50 Personen im Foyer des WDR zu einer 90-minütigen Führung durch die Welt des Hörfunks und Fernsehens. Nach Informationen und Einzelheiten über die Technik eines Tonstudios konnten die Teilnehmer anschließend über eine Besucherempore bei einer Live-Sendung zuschauen und auch den Arbeitsaufwand hinter der Kamera beobachten. Im Landtag wurde die Gruppe herzlich vom CDU-Landtagsabgeord-

neten Hans-Dieter Clauser in Empfang genommen und kam in den Genuss einer persönlichen Führung. Schwerpunkt der Ausführungen war eine Bilanz nach dem Regierungswechsel. Clauser betonte auch die schwierige Ausgangssituation nach der Regierungsübernahme von Rot-Grün. Mit Schule und Erziehung, Wirtschaft und Finanzen sowie Bürokratieabbau umriss er Schwerpunktbereiche der Reformarbeit und zeichnete mit vor uns liegenden weiteren Einsparungen mit von 690 Millionen Euro für den Haushalt 2007 ein düsteres Bild für den dringend notwendigen Aufschwung.

Personen/ Vorstände

„Pionierarbeit pur“ ist in Jüchen angesagt

Als siebter Verband im Rhein-Kreis Neuss wurde der Gemeindeverband der MIT in Jüchen gegründet. Heijo Drießen, Vorsitzender der Kreis-MIT, freute sich über das Interesse



Der neue Vorstand in Jüchen macht sich an die Arbeit

und ist überzeugt: „Im Juni sind wir auch in Rommerskirchen dabei. Dann gibt's keinen weißen Fleck mehr im Kreisgebiet.“ Den Vorsitz in Jüchen trat nun nach einstimmiger Wahl der 37jährige Rechtsanwalt Thomas Welter an. Der Bedburdycker ist Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Familienrecht. Seine Kanzlei ist in Grevenbroich, doch „zu Hause“ engagiert er sich ehrenamtlich, zum Beispiel als sachkundiger Bürger im Sportausschuss. Da er das Amt des Vorsitzenden nicht nur „übernimmt“, sondern zum ersten Mal ausfüllt, freut sich der Jurist darauf,

Pionierarbeit leisten zu können. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde ebenso einstimmig André Meyer, Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes, gewählt. „Ich freue mich auf diese Arbeit“, lautete der Kommentar des 25-jährigen Personalberaters. Beisitzer wurden Achim Möller (Angestellter, 41), Dr. Christoph Schmitz (Verfahreningenieur, 31) und Peter Hintzen (Unternehmer, 41). „Wir wollen dem Mittelstand in Jüchen eine Stimme geben“, sagte Welter in seiner Antrittsrede. Eine, die „voll, sehr laut und in“ sei. Denn: „Die besten Ideen verpuffen im Nichts, wenn sie nicht den Entscheidungsträgern mitgeteilt werden.“



Aus dem Landesverband

Die tolldreisten Ideen der Frau Engelen-Kefer

In einer sehr deutlichen Pressemitteilung hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen die Vorschläge der Vize-Vorsitzenden der Gewerkschaft Ver.di zur Zwangs-Betriebsrente angegriffen. Wolfgang Leyendecker, Stellvertretender Landesvorsitzender: „Die Äußerungen von Frau Engelen-Kefer zeugen von ökonomischem Unverstand und typischem Vereinheitlichungswahn bei den Gewerkschaften.“ Die Betriebsrente ist für die MIT eine wichtige Säule der Altersvorsorge und dort, wo Unternehmen dazu in der Lage sind und sich mit dem Betriebsrat einigen, sollte sie auch verstärkt angeboten werden. „Aber nicht jedes Unternehmen kann das und manche Firmen wählen andere Wege der zusätzlichen Versorgung für ihre Mitarbeiter“, so Leyendecker.

Eine Zwangs-Betriebsrente würde dazu führen, dass man es sich dreimal überlegt, darüber hinaus noch Vorzugsaktien, Belegschaftsbeteiligungen am Firmenkapital und Direktversicherungen anzubieten oder Leis-

tungsprämien zu zahlen. Andere Firmen würden weiter in ihren internationalen Wettbewerbschancen beeinträchtigt, verlagerten vermehrt ins Ausland, wo es solche Schikanen nicht gibt, oder gingen im Zweifel schlichtweg Pleite. „Bei der Insolvenz genügt manchmal der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen zu bringt“, so Leyendecker. „Frau Engelen-Kefer sollte besser schweigen!“ Dies könnte in ihrer Funktion als Stellvertretende Ver.di-Vorsitzende dann auch bald der Fall sein, mehren sich doch die Anzeichen, dass es innerhalb der Gewerkschaft einen breiten Konsens über das Ausscheiden der als „Nein-Sagerin und Bewahrerin des traditionellen Sozialstaates“ (WELT vom 5. Dezember 2005) bekannten SPD-Frau gibt. Schon im Dezember waren sich nach Informationen der WELT alle Vorsitzenden der im DGB vertretenen Einzelgewerkschaften einig, dass Engelen-Kefer auf dem Bundeskongress des DGB im Mai nicht erneut kandidieren soll. „Irgendwann ist Schluss“, sagte damals ein hoher Gewerkschaftsfunktionär der Zeitung.

MIT Münster

Globalisierung: Prof. Radermacher zeichnet düsteres Zukunftsbild

Mit dem Ulmer Professor Franz Josef Radermacher hatte die MIT Münster einen prominenten Gast ihres „Mittelstandscocktails“ gewonnen, der ein Profi beim Thema Globalisierungsgestaltung ist. Der Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler kam trotz der gelösten und gemütlichen Atmosphäre im 2-Löwen-Club, zu dem der Kreisvorsitzende Hans Rath über 100 Gäste begrüßen konnte, nicht mir erfreulichen Botschaften: „Was ist auf dem Globus möglich, wenn wir uns in Richtung 10 Milliarden Menschen bewegen?“ stellte Radermacher als Frage in den Raum. Der Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung konnte dazu nur wenige tröstliche Ausblicke geben. Umso wichtiger sei es, die Globalisierung mitzugestalten, um deren schwierige Herausforderungen zu meistern. Er verwies

gemeinsam mit Hans Rath auf die Initiative „Global Marshall Plan“, die zum Beispiel bis 2015 die Gewährleistung einer Schulausbildung für die Kinder dieser Welt erreichen möchte. Hans Rath betonte, dass es hier nicht nur um Lippenbekenntnisse gehen dürfe, sondern dass es wichtiger denn je ist, sich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen und zu handeln.



Von links: Hans Rath, Margarete Kordt, Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Dr. Magrit Lass und Frederik Humpert

Die MIT im Parlament

Lutz Lienenkämper MdL: Zukunft kann man nicht planen – man muss sie möglich machen!

Seit fast einem Jahr ist Lutz Lienenkämper (36) aus Meerbusch jetzt der Landtagsabgeordnete der CDU im Rhein-Kreis Neuss für die Städte Meerbusch, Kaarst, Korschenbroich und Jüchen. Er trat damit die Nachfolge von Dr. Hans-Ulrich Klose aus Korschenbroich an, der das Mandat nahezu 40 Jahre innehatte. „Freiheit vor Gleich-



heit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen und Verlässlichkeit statt Belieblichkeit“ – diese zentralen Sätze aus der gemein-

samen Erklärung der Koalitionspartner nach der Landtagswahl am 22. Mai vergangenen Jahres sind die Maxime der politischen Arbeit von Lutz Lienenkämper im Landtag von NRW ebenso wie bei seiner Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss und als Ratsherr in Meerbusch. Geboren wurde Lutz Lienenkämper in Köln, aufgewachsen und zur Schule gegangen ist er jedoch in Meerbusch. Nach Wehrdienst und Jurastudium in Bonn sowie Referendardienst in Kempen, Krefeld, Kaarst und Düsseldorf arbeitet er als Rechtsanwalt in einer wirtschaftsrechtlich ausgerichteten Sozietät in Düsseldorf. Im Landtag gehört Lienenkämper den Ausschüssen Haushalt und Finanzen sowie Wirtschaft, Mittelstand und Energie an. Stellvertretendes Mitglied ist er im Innenausschuss sowie im Rechtsausschuss. Wunder zu versprechen, das ist seine Sache nicht. „Wir versprechen den Bürgerinnen und Bürgern, dass wir hart, ausdauernd und mit vollem Einsatz für unser Land arbeiten“, sagt Lienenkämper für sich selbst und seine Kolleginnen und Kollegen in der CDU-Landtagsfraktion. „Es wird sicherlich nicht schnell gehen, aber es wird wieder bergauf gehen mit unserem Land. Zukunft kann man nicht planen, man muss sie möglich machen!“

Daten/ Fakten

CDU repräsentiert Handwerker am besten!

Nach einer Umfrage der Handwerkskammer Düsseldorf ist die CDU wohl der Repräsentant der Handwerker schlechthin. Von 3.201 Rats- und Kreistagsmitgliedern im Regierungsbezirk Düsseldorf haben 214 einen handwerklichen beruflichen Hintergrund. Dies sind 6,7%. In Gemeindeparlamenten und Kreistagen liegt die Quote über 7%. In den Städten bei 5,1%.

Aber welche Partei nimmt die Interessen der Handwerker wirklich ernst und unterstützt diese auch bei ihrem Engagement in den Kommunalvertretungen? Das Ergebnis überrascht positiv in seiner Höhe: Die CDU stellt

knapp 73% aller handwerklichen Ratsmitglieder. In den Kreistagen sogar 87%. Die SPD hat fast kein Fundament bei den kleinen und mittelständischen Handwerkern. Sie stellt nur 14%.

Auch bei der FDP ist das Ergebnis unterdurchschnittlich, obwohl man sich doch als Anwalt der Selbständigen darstellt. In Repräsentation des Handwerks schlägt sich dies nicht nieder. Lediglich 4,2% gehören den FDP-Fraktionen an. Bei den Grünen gibt es faktisch so gut wie keine Handwerker. 2,3% sprechen eine deutliche Sprache über die „handwerklichen Fähigkeiten“ der Grünen.

Fraktionszugehörigkeit von Ratsmitgliedern in Kreistagen, Gemeinde- und Stadträten mit handwerklichem Hintergrund:



Quelle: HandwerkRegional 2/2006

Personen/ Vorstände

Manfred Heldmann verstorben



Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW trauert um den im April verstorbenen Kreisvorsitzenden im Ennepe-Ruhr-Kreis, Manfred Heldmann. Der 67jährige

Fleischfabrikant war seit vielen Jahren ein engagierter Streiter für den Mittelstand in NRW und in seiner Heimatregion. Auf einer Parteiveranstaltung erlitt er einen Schlaganfall, an dem er wenige Wochen später verstarb. Manfred Heldmann war auch in der CDU vor Ort ein sehr aktiver Mensch. Er war Vorsitzender des Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsausschusses und Ortsvorsitzender der CDU Welper. Manfred Heldmann war immer ein Fürsprecher für den Mittelstand.

Er setzte sich als Unternehmer für sein Gemeinwesen in vorbildlicher Art und Weise ein und lebte soziale Verantwortung vor. Er hinterlässt Frau, Tochter und zwei Enkelkinder, denen der MIT-Landesverband von Herzen sein Beileid ausspricht.

MIT Düren

Unternehmensschatz „geistiges Eigentum“

Auf großes Interesse stieß die erste Veranstaltung einer Vortragsreihe der MIT Stadtverband Düren, zu der Vorsitzender Jörg Hamel und Marco Zimmermann in das Bistro der Arena Kreis Düren eingeladen hatten. Zum Thema „Geistiges Eigentum – mehr als nur Patente“ hatte man den Patentanwalt Dipl.-Phys. Martin Reuter von der Patentanwaltskanzlei Liermann-Castell als Referent gewinnen können. „Geistiges Eigentum eines Unternehmens stellt als Immaterialgüterrecht – im Gegensatz zu den materiellen Werten eines Unternehmens – häufig einen stiefmütterlich behandelten Unternehmenswert dar. Insbesondere für

kleine und mittelständische Unternehmen gilt es, es im eigenen Unternehmen zu erkennen und entsprechend zu pflegen“, so Reuther. Er informierte die zahlreich erschienenen Zuhörer über die verschiedenen Formen

geistigen Eigentums und ihre Schutzmöglichkeiten. Hierbei würde auch der Unterschied zwischen Registerrechten und sich selbst generierenden Rechten verdeutlicht. So machte Reuther deutlich, dass eine Patentanmeldung pauschal nicht immer das Beste ist und zwischen Kosten und Nutzen abgewogen werden muss. So können bestimmte Rechte auch ohne Patentanmeldung geltend gemacht werden. Hierfür muss in der Regel jedoch ein hoher Aufwand an Dokumentation geleistet werden. Im Anschluss an den lebhaften Vortrag blieb noch ausreichend Zeit zur Beantwortung von Fragen und angeregte Diskussion.





MIT Kreis Düren

Frankreich: Strukturwandel mit EU-Fördergeldern

„Man hat den Eindruck, überall in Valenciennes wird gearbeitet“, so Kreisvorsitzender Rolf Delhougne, der eine Delegation der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung des Kreises Düren in die französische Partnerstadt leitete. „Valenciennes 2007 – eine neue Stadt, ein neues Leben“ heißt das Programm, das der Stadt ein neues Gesicht geben soll. Überall entstehen neue Plätze – 25 insgesamt. Eine Stadtentwicklung, die nur beeindrucken kann. Delhougne nannte dann auch beim Empfang im Rathaus einen der Gründe für die Begegnung: „Wir kommen zu Freunden, um vielleicht etwas von ihnen zu lernen, womöglich für den Kreis Düren zu übernehmen.“ Rasch aber mussten die Mittelständler erkennen, dass es hier wesentlich leichter gefallen ist, den Strukturwandel voranzutreiben. Rund 800 Millionen Euro wurden in den vergangenen 15 Jahren verbaut. 80% der Mittel waren Zuschüsse, zumeist von der EU. Mit so viel Geld lassen sich die Probleme leichter lösen.



Rolf Delhougne (ganz links) mit Mittelständlern im französischen Valenciennes

So war es zum Beispiel möglich, beim zwei-jährigen Bau der Straßenbahn insgesamt 800.000 Euro für den Verdienstaufschlag der anliegenden Geschäfte zu zahlen. Stadträtin Genevieve Adam, Guillaume Doyle von der Handelsunion und der Vizepräsident der Handelskammer, Jean Marc Ramboux, erläuterten den Gästen, wie das Stadtmarketing in Valenciennes funktioniert. Feste und

Werbemaßnahmen etwa würden von Stadt, Handelsunion, Straßenbahn und Parkplatzbetreibern gemeinsam finanziert. Besuchsziel war ferner die Baustelle eines neuen Einkaufszentrums in der Stadtmitte. Es entsteht ein Komplex mit 50 Geschäften auf 16.000 Quadratmetern und großen Büroflächen. Delhougne: „Auch hier wurde offenbar nicht gekleckert, sondern geklotzt.“

Personen/ Vorstände

Neuer/alter Vorstand in Lohmar

Heinz-Rüdiger Ramme, der weit über Lohmar hinaus bekannte „Fernsehgärtner“ des West-Deutschen-Rundfunks ist der alte und neue Vorsitzende der Mittelstands- und Wirt-

schaftsvereinigung der CDU Lohmar. Mit ihm wurde sein gesamter Vorstand wieder gewählt. Sein Vertreter ist Stephan Schäfer, der Geschäftsführer Bodo Blaas. In den weiteren

Vorstand wurden als Beisitzer gewählt: Siegfried Baumeister, Reiner Krämer, Ulrich Marsitz, Wilhelm Roth und Gerd Schönenbrücher. Aber die Lohmarer Mittelständler hatten nicht nur die Vorstandswahlen auf ihrem Programm. Sie hatten ihre CDU-Bundestagsabgeordnete, Frau Lisa Winkelmeier-Becker zum „1. Jour-Fixe 2006“ zur An- und Aussprache gebeten. Sie berichtete engagiert und kenntnisreich über ihre gut ersten hundert Tage im Bundestag, insbesondere zu den Themen Haushalt, Föderalismusreform, Rente und Familie und natürlich zur Mittelstandspolitik der großen Koalition. In der angeregten Diskussion gab es durchaus skeptische Stimmen, ob die Politik wirklich zu einer nachhaltigen Stärkung des offiziell immer als Wachstums- und Beschäftigungsmotor gelobten Mittelstandes führen wird.



Zum Schluss gab es Blumen und ein Gruppenbild mit Dame, in der Mitte der alte und neue Vorsitzende.

MIT Kreis Warendorf**Erste Erfolge beim Bürokratieabbau**

Im Rahmen der monatlichen Kreisvorstandssitzungen diskutierte die MIT Warendorf Möglichkeiten und Wege der Mittelstands- und Regionalförderung durch Abbau bürokratischer Gängeleien und unnötiger Verfahren. Der CDU-Kreisvorsitzende Reinhold Sendker MdL informierte über den bereits erfolgten Bürokratieabbau durch die CDU/FDP-Landesregierung. Dabei nannte er den Verzicht auf die Beteiligung der Bezirksregierungen



Von links: Christoph Pundt, Werner Lanwehr, Reinhold Sendker MdL, Henning Siebert, Stephan Schulze-Westhoff und Astrid Birkhahn

bei Vorhaben im Außenbereich, die Abschaffung nahezu aller Landesbeauftragten und die Reduzierung zahlreicher Bewilligungsbehörden. Ferner wies er darauf hin, dass für die Modellregion Ostwestfalen-

Lippe bereits 18 Einzelentscheidungen zum Bürokratieabbau getroffen worden seien und die Ergebnisse auf das ganze Land übertragen werden sollen. Ganz wichtig für ihn ist auch die Verbesserung der regiona-

len Infrastruktur, vor allem der zügige Ausbau von Umgehungsstraßen. Sendker sprach in diesem Zusammenhang auch die Landesförderung für die Verlängerung der Start- und Landebahn am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) an. In der lebhaften Diskussion mit den Mittelständlern spielte auch die von der Landesregierung beabsichtigte Entwürfelung des Baurechts eine wichtige Rolle. Um die Erfolge der CDU in diesen

und anderen Bereichen weiter zu verfolgen und zu bewerten, beschloss der Vorsitzende Henning Siebert und der restliche Kreisvorstand, zukünftig halbjährig solche Gesprächsrunden durchzuführen.

MIT Kaarst**Hügen-Haus: Mittelstand von A bis Z**

Hausplanung vom Architekten, Anstrich durch den Maler, Einrichtung vom Raumausstatter, Pflege der Grünanlage durch den Gärtner, Einbruchschutz durchs Sicherheitsunternehmen und schließlich eine Versicherungsagentur oder notfalls auch den Rechtsanwalt: Dies alles und mehr, von insgesamt 15 verschiedenen Unternehmen, bekommt man im Hügen-Haus. Wie hier nicht nur geschäftliche Kontakte geknüpft werden, zeigte sich bei einer Info-Veranstaltung der Hausgemeinschaft, organisiert von Thorsten Schmitter von der Kaarster MIT. Wichtig ist dem Betreiber Stefan Hügen dabei auch das freundschaftliche



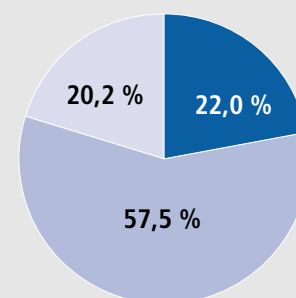
Ein „Gewerbe-Haus“ der anderen Art erlebte die MIT Kaarst bei ihrem Besuch im Hügen-Haus

Miteinander. Ein Freizeitraum mit Kickertisch oder Mieterversammlungen in der Düsseldorfer Altstadt sprechen für das Konzept. Im Anschluss an die Vorstellungsrunde der einzelnen Unternehmer lud Patrick Schappert von der Firma „Grobi-Großbildspezialisten“ die Gäste in seine Räumlichkeiten ein. Dort konnten sich alle von den vielen Möglichkeiten im Bereich Fernsehen und DVD überzeugen. Vom normalen LCD-Fernseher bis zum HDTV-Projektor mit einem fünfstelligen Euro-Wert bietet das Unternehmen Fernsehgenuss für den anspruchsvollsten Geschmack.

**Daten/
Fakten****Mittelstand deutlich optimistischer!**

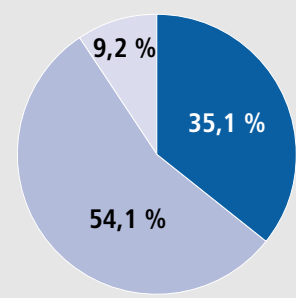
Nicht nur politisch hat sich seit dem Frühjahr 2005 einiges geändert. Auch die Beurteilung der Geschäftslage wird im Mittelstand deutlich besser bewertet. Die Frühjahrsuntersuchung „Wirtschafts- und Finanzlage im Mittelstand“ von Creditreform gibt Anlass zur Freude. Die Vorzeichen haben sich in nur einem Jahr umgekehrt. Die Anzahl derjenigen Mittelständler, die die Geschäftslage als sehr gut bis gut bezeichneten, stieg von 22% auf über 35%. Die Bewertungen mangelhaft bis ungenügend sanken von 20,2% auf etwa 9%. Über 25% der knapp 4200 befragten Unternehmen verschiedener Rechtsformen im Mittelstand stammten aus Nordrhein-Westfalen.

Frühjahr 2005:



sehr gut – gut
befriedigend – ausreichend
mangelhaft – ungenügend

Frühjahr 2006:



22,0 % 35,1 %
57,5 % 54,1 %
20,2 % 9,2 %

Quelle: Creditreform



MIT Mülheim

Stauder begrüßt Ruhrbania-Plan

Die Ernennung des Ruhrgebietes zur Kulturhauptstadt 2010 wird nach Ansicht von Hans-Martin Schlebusch, Chef der CDU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Mülheim den Prozess beschleunigen, dass Mülheim sich zu einem „Zentrum für Kultur, Sport und Tourismus“ entwickelt. Die Ankündigung von Thyssen Krupp Stahl, seinen Konzernsitz von Düsseldorf nach Essen bis 2008 zurückzuverlegen, führe darüber hinaus zu einem gesteigerten Selbstbewusstsein des Ruhrgebietes, aber auch Mülheims. Schlebusch würdigte dies beim diesjährigen „Talk im Schloss“ – zu dem die MIT drei prominente Gesprächsgäste eingeladen hatte – als Beitrag dazu, dass Mülheim Industriestandort bleibt. Dr. Thomas Stauder, Geschäftsführer der gleichnamigen Essener Privatbrauerei zeichnete zunächst ein liebevolles Bild seines Familienunternehmens mit 125 Mitarbeitern, das vor kurzem in der 6. Generation den 100. Geburtstag gefeiert habe. Die Chance, am Flussufer in Mülheim neue Restaurants zu eröffnen, bezeichnete er als „sehr aussichtsreich“, weil die Leute das Wasser suchten. Mit Ruhrbania, so Stauder, sei Mülheim auf einem guten Wege. Aus seiner Zeit als Leiter des Controllings bei der Unternehmensgruppe Tengelmann in Mülheim-Speldorf wisse er noch, dass Mül-



Hans-Martin Schlebusch (rechts) und Dr. Stauder (links) plauderten im Schloss

heim zu lange kein deutliches Image hatte: Nun entwickle sich „ein neues Selbstbewusstsein, dass sich etwas Positives tut“. Frau Dr. Beate Ermacora, Direktorin des Kunstmuseums Alte Post, machte deutlich, dass trotz der chronischen Finanznot die Alte Post in der Kultur-Landschaft des Ruhrgebietes mitspielen wolle. Für 2010, dem Jahr der Feier der Kulturhauptstadt Europas, sind gemeinsame Ausstellungen der 200 Museen im Ruhrgebiet in Planung. Michael Klauß, sportlicher Leiter des VfB Speldorf: „Der Sport in Mülheim ist leider etwas unterbeleuchtet. Es fehlt der Sprung in die nationalen Ligen.“ Umso wichtiger sei es, die Pläne für ein großes Fußballstadion zu konkretisieren und die Fusion des VfB Speldorf mit dem TuSpo Saarn voranzubringen. Der neue Verein soll dann auch den Namen Mülheim im Titel tragen, um die Stadt als Sport-Standort bekanntzumachen.

8 Leitfragen zur Grundsatzprogramm-Diskussion:

1. Was ist unsere Identität als Christliche Demokraten?
2. Wie ermöglichen wir die freie Entfaltung der Person und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft?
3. Wie meistern wir die Herausforderungen der demographischen Entwicklung?
4. Wie können wir Familien helfen, Basis der Gesellschaft zu sein?
5. Wie machen wir die Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt zukunftsfest?
6. Wie gestalten wir einen freiheitlichen Staat, der Sicherheit garantiert?
7. Was müssen wir tun, um die Schöpfung zu bewahren?
8. Was sind Deutschlands Interessen in Europa und in der Welt und was ist Deutschlands Verantwortung?

Der Ablaufplan: „Auf dem Weg zum dritten Grundsatzprogramm der CDU“

25. April 2006	erste Sitzung der Grundsatzkommission in Potsdam
25. April 2006	1. Regionalkonferenz in Potsdam
02. April 2006	2. Regionalkonferenz in Bad Fallingbommel
10. Mai 2006	3. Regionalkonferenz in Karlsruhe
19. Mai 2006	4. Regionalkonferenz in Düsseldorf
29. Mai 2006	5. Regionalkonferenz in Kassel
bis Ostern 2007	Vorlage einer Rohfassung
Dezember 2007	Beschluss auf dem Bundesparteitag

Die Grundlagen für das neue Grundsatzprogramm:

1. Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ (Ludwigshafen 1978)
2. Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit in Verantwortung“ (Hamburg 1994)
 - Beschluss „Erfurter Leitsätze – Aufbruch '99“ (Erfurt 1999)
 - Beschluss „Essener Erklärung“ (Essen 2000)
 - Reformpapier „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für die Zukunft“ (Dresden 2001)
 - Wahlkampfprogramm 2002 „Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten“ (Hannover 2002)
 - Grundsatzpapier zur Parteireform „Bürgerpartei CDU“ und Reformpapier „Deutschland fair ändern“ (Leipzig 2003)

Mitglieder der MIT NRW in der Grundsatzkommission der CDU

- Bülent Arslan, Mitglied des CDU-Landesvorstandes in NRW und Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums in der CDU
 - Phillip Mißfelder MdB, Bundesvorsitzender der Jungen Union
 - Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW
 - Hendrik Wüst MdL, Generalsekretär der CDU NRW
- ... außerdem eine ganze Reihe weitere MIT-Streiter aus ganz Deutschland unter Führung unseres MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann

Grundsätzliches!



Die Grundsatzprogramme der beiden Volksparteien sollen neu gefasst werden. Und auch wenn manche das anders sehen, die

Unterscheidungsmerkmale sind deutlich. „Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ ist ein klug gewählter Ansatzpunkt für die CDU. „Kraft der Erneuerung“ ist ein Werbeslogan der SPD, kein Titel für ein Grundsatzprogramm. Und dazu auch noch ein den politischen Realitäten ziemlich widersprechender Werbeslogan.

Nun gut, die MIT wird sich nicht mit dem Grundsatzprogramm der SPD beschäftigen. Wir werden kräftig an dem der CDU mitarbeiten. Wir beginnen damit im MIT-Landesvorstand und bei der Regionalkonferenz der CDU am 19. Mai 2006 in Düsseldorf.

Da stellt sich für uns durchaus die Frage, wo die Reise hingehen soll. Nach anfänglichen Tendenzen in der Partei, sich die Welt ein wenig kuscheliger zu machen, wird nun doch wieder etwas mehr von realistischer Reformpolitik gesprochen. Die Rede von Angela Merkel auf der ersten Regionalkonferenz in Potsdam war da für die modernen Kräfte in der Partei erfrischend mutig.

Wir in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung betonen aber auch, dass es für uns kein Zurück hinter die Reformbeschlüsse von Leipzig gibt. Solidarität ist wichtig: Sie rechtfertigt aber keine Schulden zu Lasten unserer Kinder. Sie rechtfertigt auch keine offensichtlich falsche, unfinanzierbare oder wachstumsschwächende Politik und eine solche führt auch nicht zu mehr Solidarität. Da unterscheiden wir uns heute und sicherlich auch morgen von der SPD. Dies werden wir in der Entwicklung des Programms auch immer wieder herausstellen.

Wichtig hierbei ist die Regionalkonferenz am 19. Mai 2006 um 18.30 Uhr in der Rheinterrasse in Düsseldorf. Hier sollte die MIT deutlich vertreten und erkennbar sein. Vielleicht organisieren ja auch MIT-Verbände gemeinsame Fahrten dorthin? Lohnend wäre es sicherlich.

Die Diskussion, die in der Partei bis zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms im Herbst 2007 breit angelegt werden soll, muss auch an der MIT-Basis geführt werden. Die Landesgeschäftsstelle wird hierzu demnächst mit Anregungen und Vorschlägen an die Verbände herantreten.

Unser Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann will in der Grundsatzkommission auf „eine Stärkung der marktwirtschaftlichen Kräfte“ dringen und sein Ziel ist: „Die CDU muss als Reformpartei erkennbar sein.“ Wir sollten ihm mit allen Kräften dabei helfen.

Klaus Gravemann,
Landesgeschäftsführer

MIT Bergheim

Reformhaus Deutschland

Gemeinsam mit der CDU-Vorsitzenden, Elisabeth Hülsewig, konnte Klaus Sahler, Vorsitzender der MIT Bergheim, Wolfgang Bosbach MdB, den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, im Medio Rhein-Erft begrüßen. Zu seinem Vortrag vor über 200 Gästen, welcher unter dem Titel „Reformhaus Deutschland“ stand, ergänzte Sahler: „Der ‚Motor Mittelstand‘ bedarf dringend einer großen Inspektion, er benötigt neue Zündkerzen. Nur ein generalüberholter und gut funktionierender Mittelstand bringt uns wieder nach Vorne.“ Bosbach, der auch eine persönliche Verbundenheit zu

Bergheim hat – leitete der Bergisch Gladbacher Einzelhandelskaufmann und spätere Rechtsanwalt doch vor knapp 30 Jahren einen Bergheimer Supermarkt – sprach dabei klare Worte. Länger arbeiten! Die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen! Den Industriestandort Deutschland kräftigen, denn, so Bosbach kritisch mit Blick auf die angebliche Wunderwaffe Dienstleistungssektor: „Es kann nicht sein, dass wir ein Volk von Fahrradkurieren, Kellern und Friseuren werden.“ Und dazu muss man auch in produzierenden Branchen mit qualitativ hochwertigen Gütern wettbewerbsfähig bleiben. Aber die Liste der Reformbaustellen ist noch länger: Der Bundeshaushalt hat ein Defizit von etwa 64 Mrd. Euro. Das Ar-

beitsrecht und die Tarifverträge müssen sich in Zukunft mehr an den Bedürfnissen der kleinen und mittelständischen Unternehmen orientieren. Ein neues, einfaches Steuerrecht ist nötig. Rente, Gesundheitssystem, soziale Sicherungssysteme: Überall gibt es Handlungsbedarf, und das vor allem vor dem Hintergrund einer viel zu hohen strukturellen Arbeitslosigkeit. Und auch hier war Bosbach deutlich: Auch bei Harz IV hält er Nachbesserungen für nötig. Der Stundenlohn eines Harz IV-Empfängers liegt derzeit bei 11,20 Euro. Wo ist da der Anreiz zu arbeiten? Jemand, der den ganzen Monat arbeitet, muss am Ende deutlich mehr Geld zur Verfügung haben als einer, der Sozialtransferleistungen bezieht.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag: Mittelstands-Verlags-Gesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 0 22 41/91 33 33

Gesamtherstellung: SZ Offsetdruck-Verlag Herbert W. Schallowetz GmbH & Co. KG, 53757 Sankt Augustin